



THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
03 | 2009 JAHRGANG 7



THÜRINGENgerecht:
Wahlprogramm der
FDP Thüringen für die
Landtagswahl 2009



Die Mitte stärken:
Bundestagswahl 2009
muss Politikwechsel mit
sich bringen



Für Deutschland in
Europa: Interview mit
Holger Krahrmer MdEP
zur Europawahl 2009



Grußwort Uwe Barth MdB

Liebe Thüringerinnen und Thüringer

2009 ist ein Superwahljahr mit vier Wahlen. Sie sind aufgerufen, Ihre Stimme bei allen diesen Wahlen abzugeben. Das ist nicht viel Arbeit und auch keine lästige Pflicht! Es ist ein erkämpftes Recht! Es ist ein Bürgerrecht und ich rufe alle Bürger unseres Landes auf, dieses Recht wahrzunehmen!

Wer nicht will, dass die arbeitenden Menschen vergessen werden, der muss zur Wahl gehen. Wer nicht will, dass Parteien an die Macht kommen, die einen Systemwechsel wollen, auch der muss zur Wahl gehen. Wer sich als Staatsbürger fühlt, der muss zur Wahl gehen. Wer will, dass mit Leistungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit auch die soziale Gerechtigkeit weiterhin möglich ist, auch der muss zur Wahl gehen. Wer will, dass die soziale

Marktwirtschaft so verbessert wird, dass Freiheit und Gerechtigkeit wieder zentrale Werte darstellen, auch der muss zur Wahl gehen. Wer Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit will, der muss seine Stimme der FDP geben, denn die FDP ist die einzige Partei, die für Thüringengerechte Politik im System der sozialen Marktwirtschaft steht.

Landtagswahl 2009: Wir Liberale werden an eine Zeit anknüpfen, in der die FDP entscheidende Weichen gestellt hat. Wir wollen anknüpfen an eine Zeit, in der grundsätzliche Entscheidungen getroffen wurden, durch die die positive Entwicklung unseres Landes begonnen hat.

Wir sind bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir wollen aber nicht um jeden Preis regieren. Klare Kurs-



korrekturen in der Bildungspolitik, in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik, ein klarer ordnungspolitischer Kompass des Regierungshandelns an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, der Freiheit und der Gerechtigkeit, und die Ausrichtung der gesamten Politik darauf, dass unser Land auch am Ende der nächsten Dekade noch handlungsfähig ist.

Bitte unterstützen auch Sie die Thüringer FDP bei den Wahlen im Jahr 2009. Herzlichen Dank.

Ihr

Uwe Barth MdB
Landesvorsitzender und Spitzenkandidat für die Landtagswahl

Grußwort Patrick Kurth

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,

da kommt ganz schön was auf uns zu: Bundestagswahlkampf. Die meisten Parteien werden einen Wahlkampf der Schuldzuweisungen führen. Schuldige für die Krise müssen gefunden werden. Für die linken Parteien ist es die einzige Möglichkeit, mittels Populismus und Faktenverdrehung einen Hauptschuldigen zu finden und gleichzeitig Frustpotential zu aktivieren. Der Diskussion um die Zukunft Deutschlands ist damit freilich wenig geholfen. Mit aller Wucht werden Linke und SPD die Ideologiekeule schwingen, umtänzelt von der Ökotruppe, die allein mit schlechtem Gewissen und Zukunftsangst arbeitet.

Die FDP wird eine Bestandsaufnahme vornehmen und sich auf die Zukunftsaufgaben unseres Landes konzentrieren. „Mehr Freiheit und Fairness durch Soziale Marktwirtschaft“ ist dabei das Kernelement des FDP-Wahlkampfes. Darin geht

es insbesondere um die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Finanzen. Eine aktive Wirtschaftspolitik, die auf gute Rahmenbedingungen setzt, die Überarbeitung des Arbeitsrechts, die Komplettreformierung des Steuersystems oder drastische Entbürokratisierung sind hierbei nur einige Stichworte. In der Hauptsache aber geht es bei der Bundestagswahl um die künftige politische Ausrichtung Deutschlands. Linke Experimente, großer Stillstand durch große Koalition oder geordnete und klare Regierungskonstellationen – zwischen diesen Alternativen können die Menschen wählen. Dass die FDP für die letzte Variante steht, ist klar.

Wenn am 27. September die Wahllocale schließen, haben die Thüringerinnen und Thüringer einen Wahlmarathon hinter sich. Nachdem die Parlamente in den Kommunen, im Freistaat und das Europä-



ische Parlament gewählt wurden, fahren am 27. September um 18 Uhr die Balken für die Hochrechnungen zur Bundestagswahl nach oben. Wir Liberale wollen in diesen schwierigen Zeiten Regierungsverantwortung übernehmen. Dafür kämpfen wir und setzen auf Ihre Unterstützung.

Ihr

Patrick Kurth
Spitzenkandidat der FDP Thüringen für die Bundestagswahl

Startsignal in den Wahlmarathon

Kommunalwahl 2009 im Freistaat Thüringen

Die Kommunalwahl in Thüringen hat gemeinsam mit der Europawahl große Bedeutung als Startsignal in den Wahlmarathon. Kommunalpolitiker können mit guten Wahlergebnissen Vertrauensbilder für die ganze FDP werden. So wie die „Sonntagsfragen“, die auch den Thüringer Liberalen ein sicheres Ergebnis voraussagen, das Selbstbewusstsein stärken, wird dies auch ein gutes Kommunalwahlergebnis tun.

Landespolitik braucht Kommunalpolitik und umgekehrt. Einerseits sind Kommunalpolitiker „anfassbare Vertreter“ der FDP in Städten und Gemeinden. Sie leisten Basisarbeit und prägen den Ruf der Liberalen mit ihrem Wirken vor Ort. Andererseits brauchen Kommunalpolitiker die Landespolitik. Deren Entscheidungen haben starke Auswirkungen auf das Wohl der Kommunen. Ansprechpartner in der Landespolitik wieder zu gewinnen, bietet einen unmittelbaren „Mehrwert“ für liberale Kommunalpolitiker und zwar weit über die programmatische Arbeit hinaus.

Folgende Themen sind die Ziele der Liberalen in der Kommunalpolitik:

Stärkung kommunale Selbstverwaltung:

Keine Kürzungen von Zuweisungen des Kommunalen Finanzausgleichs, wenn zugleich viele Aufgaben (und damit Ausgaben) an die Kommunen abgewälzt werden. Hinzu kommt, dass das Land beim „Bürokratieabbau von oben“ einen Verschiebebahnhof von Vorschriften, Verantwortlichkeiten und Beamten auslöst, anstatt mit einem radikalen Abbau von Gesetzen und einer verständlichen und einfachen Reform von Verwaltungsprozessen Bürger, Unternehmen, Städte, Gemeinden und Landkreise von bürokratischem Wust zu entlasten.

Kommunalverwaltung: Die FDP steht für effiziente und bürgernahe Kommunalverwaltungen als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger. Hierbei setzen wir auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung vor Ort im Sinne einer interkommunalen Zu-



sammenarbeit. Die FDP steht freiwilligen Zusammenschlüssen von Gemeinden und Kreisen offen gegenüber.

Für Bürokratie ein Anlaufpunkt (One-Stop-Point): Für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Investoren soll es einen Anlaufpunkt für alle Belange geben. Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren werden dort koordiniert. Niemand soll künftig bei Anliegen an Ämter „von Pontius zu Pilatus“ geschickt werden.

Freiwillige Feuerwehr: Die FDP wirbt für eine zielstrebige Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren und für die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements im Brand- und Katastrophenschutz. Darüber hinaus muss die Akzeptanz in Unternehmen für das Engagement von Mitarbeitern in der Freiwilligen Feuerwehr gestärkt werden.

Neuordnung der kommunalen Einnahmen auf Bundesebene: Die unsicheren Gewerbesteuern werden abgeschafft und durch eine Kommunalsteuer ersetzt. Um zusätzliche Belastungen der Bürger auszuschließen, wird der Einkommensteuertarif abgesenkt. Mittels der Kommunalsteuer werden alle Bürger und Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung ihrer Gemeinde beteiligt.

Fördermittelprogramme sind unübersichtlich und unverständlich. Auch Städte, Gemeinden und Landkreise sind betroffen. Die FDP setzt sich dafür ein, die Vielzahl von Fördermittelprogrammen sinnvoll zusammenzufassen und von bürokratischen Hemmnissen zu entrümpeln.

Kommunale Infrastruktur – Lebensader für Wirtschaft und Gesellschaft: Eine leistungsfähige und intakte Infrastruktur ist Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Gemeinden. Wir fordern konsequente Weiterentwicklung der Verkehrswege, der Ver- und Entsorgungnetze und der Kommunikationsnetze (Breitband).

Mehr Spielraum für Privatinitiative: Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ist zu prüfen, ob einzelne Aufgaben (beispielsweise Winterdienst, Straßenreinigung und -beleuchtung) wirtschaftlich sinnvoll und gewissenhaft ausgegliedert und an private Unternehmen vergeben werden können. Die Neugründung und Erweiterung eines kommunalen Eigenbetriebs darf nicht erfolgen, wenn die Leistung günstiger an privatwirtschaftliche Unternehmen vergeben werden kann. Kommunale Einrichtungen, Eigenbetriebe, Zweckverbände dürfen nicht mit der privaten Wirtschaft konkurrieren. pak

Diese Liberale treten für Sie an

Vorstellung der Kandidaten für die Bundes- und Landtagswahlen 2009

Circa 1.800 Kandidaten stehen für die Kommunalwahl auf den FDP-Gemeinde-, Stadtrats- und Kreistagslisten – über 50

Liberalen kandidieren für die Parlamente im Land, Bund und Europa. Hier eine Übersicht, in der sich die Kandidaten kurz

vorstellen und die Fragen „Was wollen sie politisch bewegen?“ (A) und „Wofür setzen sie sich ein?“ (B) beantworten.

KANDIDATEN FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2009



Patrick Kurth, 32
Politikwissenschaftler
WK 191 | Kyffhäuser, Sömmerda,
Weimarer Land | Listenplatz 1

A: Schwerpunkt Medien-, Innen- und Energiepolitik
B: Abwanderungs- und Demografieprobleme müssen in Berlin wahrgenommen werden



Dr. Peter Röhlinger, 70
Tierarzt | OB von Jena 1990-2006
WK 194 | Saale-Holzland-Kreis
Listenplatz 2

A: liberale Politik in Jena fortsetzen, zukunftsfähige Gesellschaft | **B:** Nutzung des Wohnungsleerstandes in Gera für Wohnungsknappheit in Jena, Infrastruktur



Anja Kolbe, 28
Betriebswirtin | Angestellte
Listenplatz 3

A: Interessen der Frauen vertreten
B: Frauen in Beruf und Gesellschaft



Dr. Johannes Frackowiak, 40
Historiker | Politikwissenschaftler
WK 195 | Greiz, Altenburger Land
Listenplatz 4

A: Stärkung des Rechtsstaates, Kampf gegen die Abwanderung | **B:** Bessere infrastrukturelle Anbindung der Kreise Greiz und Altenburg



Andreas Klaschka, 50
Wirtschaftsprüfer
WK 189 | Eichsfeld, Nordhausen,
Unstrut-Hainich I | Listenplatz 5

A: Rechtsstaat, Steuersenkungen
B: Verhinderung Überwachungsstaat, Beendung Militäreinsätze



Daniel Rudloff, 30
Versicherungsfachmann
WK 190 | Eisenach, Wartburgkreis,
Unstrut-Hainich II

A: Thüringen, Steuerreform, Bürgergeld
B: Ehrenamt, Jugend, Haushaltskonsolidierung

KANDIDATEN FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2009



Uwe Barth MdB, 44
Diplom-Physiker
WK 37 | Jena I
Listenplatz 1

A: Ein gerechtes Thüringen mit einer funktionierenden Marktwirtschaft
B: Für thüringengerechte Bildung



Franka Hitzing, 43
Diplompädagogin | Lehrerin für
Mathematik + Geographie | WK 3
Nordhausen I | Listenplatz 2

A: Bildung als Kernthema in Thüringen
B: Gerechtigkeit im Lehrerzimmer, eigenständige Landkommunen



Thomas L. Kemmerich, 44
Jurist
WK 26 | Erfurt III
Listenplatz 3

A: Selbstbestimmtes Leben aller Bürger
B: Für die Belange der Bürger



Lutz Recknagel, 42
Dipl.-Ing. Maschinenbau | WK 13
Schmalkalden-Meiningen II
Listenplatz 4

A: gerechtes Steuersystem, modernes Arbeitsrecht
B: Weiterbau A 4 und Werrabahn, kaufmännische Rechnungslegung in Land und Kommunen



Dirk Bergner, 44
Dipl.-Ing. für Bauwesen
WK 39 | Greiz I
Listenplatz 5

A: Bürokratieabbau
B: Mittelständische Unternehmen, Zukunft in Thüringen



Heinz Untermann, 61
Betriebswirt | Gastronom
WK 17 | Sömmerda II
Listenplatz 6

A: Bau und Verkehr, Tourismus
B: Lückenschluss der A 71, Ausbau der Radwanderwege in Thüringen



Marian Koppe, 44
Technischer Lichtberater
WK 28 | Saalfeld-Rudolstadt I
Listenplatz 7

A: Gesundheit, Familie und Sozialpolitik
B: Qualitative Kinderbetreuung, langfristig gebührenfreie Kindergartenplätze



Gisela Sparmberg, 56
Dipl.-Ing.oec. | selbstständige
Wirtschaftsmediatorin, Trainerin
und Coach | Listenplatz 8

A: Bekämpfung der Altersarmut, Vereinbarkeit von Beruf und Familie | **B:** Kostenfreie Kindergartenplätze, Ehrenamt, Steuerentlastungen



Matthias Bollwahn, 52
Ing. für Verfahrenstechnik,
Fachrichtung Holz
WK 1 | Eichsfeld | Listenplatz 9

A: Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik
B: Qualitativ hochwertige Betreuung vom Kindergarten bis zur Ausbildung



Andreas Wiese, 45
Rechtsanwalt
WK 38 | Jena II
Listenplatz 10

A: Innere Sicherheit ohne härtere Gesetze
B: Gebührengerechtigkeit



Sandra Scherf-Michel, 32
Versicherungsfachwirtin (IHK)
Fachwirtin für Finanzberatung (IHK)
Listenplatz 11

A: Wirtschaftsförderung
B: Stärkung und Erhaltung der Wirtschaftskraft in den ländlichen Regionen



Paul Gellner, 25
Student Rechtswissenschaft
Listenplatz 12

A: Arbeitsmarkt, Justiz- und Innenpolitik
B: Chancengerechtigkeit und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen



Matthias Purdel, 44
Dipl.-Musiker | Opernchorsänger
WK 32 | Weimar | Listenplatz 13
Europaspitzenkandidat

A: Kultur- und Medienpolitik | **B:** Stärkung Kultur- und Kreativwirtschaft durch bessere Rahmenbedingungen, Ausbau des Kindermedienzentrums Erfurt



Gerhard Jahns, 28
Online Marketing Manager
WK 35 | Saale-Holzland-Kreis I
Listenplatz 14

A: Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern
B: Konzeption und Umsetzung von eGovernment



Holger Joseph, 38
Elektromeister
WK 36 | Saale-Holzland-Kreis II
Listenplatz 15

A: Kombination Bildung-Wirtschaft, sowie Haushalt und Finanzen
B: Investitionen in Infrastruktur



Birgit Schuster, 50
Diplom-Kristallographin |
Gesprächstherapeutin | WK 27 |
Erfurt IV | Listenplatz 17

A: Liberale Vielfalt und Eigenverantwortung stärken
B: Entbürokratisierung



Heidemarie Bischoff, 64
Ärztin
WK 6 | Wartburgkreis II, Eisenach
Listenplatz 18

A: Flächendeckende ambulante medizinische Versorgung, häusliche Pflege
B: Laugenversenkung stoppen



Alf-Heinz Borchardt, 55
Rechtsanwalt
WK 34 | Saale-Orla II
Listenplatz 19

A: Reduzierung der Normenflut
B: Prüfung der Notwendigkeit der drei Verwaltungsebenen



Felix Rösel, 21
Student der Volkswirtschaftslehre
WK 20 | Hildburghausen II,
Sonneberg II | Listenplatz 20

A: Mehr Generationengerechtigkeit
B: Staatsverschuldung stoppen, Bildung und Arbeit, Freiräume



Dr. Matthias Fertig, 38
Rechtsanwalt | Fachanwalt für
Medizinrecht und Strafrecht
WK 25 | Erfurt II | Listenplatz 21

A: Rechtspolitik und private Bildung
B: Stärkung der Bürgerrechte, Pluralität im Bildungswesen



Klaus-Dieter Landgraf, 59
Diplom Rechtswesen | Vertriebs-
und Verkehrseisenbahner
WK 2 | Eichsfeld II | Listenplatz 22

A: Arbeit im Eichsfeld, Mittelstand stärken, Ausbau der Infrastruktur | **B:** Wiederbelebung der Eisenbahnstrecke Leinefelde – Worbis – Teistungen



Frank Bergner, 51
Verwaltungsbetriebswirt
WK 33 | Saale-Orla-Kreis I
Listenplatz 23

A: Bürokratieabbau, Abschaffung des 3. Arbeitsmarktes | **B:** Liberales Bürgergeld, regionale Themen im Saale-Orla-Kreis



Benjamin Honauer, 21
Fachinformatiker
WK 21 | Suhl, Schmalkalden-
Meiningen III | Listenplatz 24

A: Mehr Schwerpunkte auf die Regionalpolitik
B: Informationstechnologie



Bernd Baumberger, 59
Selbstständiger KFZ-Meister
WK 42 | Gera II
Direktkandidat

A: Wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks und des Mittelstandes in der Region | **B:** Einrichtung eines Fonds für Geschädigte durch Baumaßnahmen



Peter Casper, 65
Geschäftsführer eines Verlages
WK 12 | Schmalkalden-Meiningen I
Direktkandidat

A: Medienpolitik, Kultur, Tourismus, wirtschaftliche Entwicklung
B: Förderung der Region Südwest-Thüringen



Steffen Dreiling, 40
Bankkaufmann
WK 8 | Unstrut-Hainich I
Direktkandidat

A: Verbesserung der Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik | **B:** Gemeinwohl verbessern, nicht Interessen einzelner vertreten



Dieter Falk, 57
Werkzeugmacher | Schreiner |
Elektroniktechniker | selbständig
WK 41 | Gera I | Direktkandidat

A: Wirtschaft und Soziales
B: Abbau von bürokratischen Hemmnissen



Jörg Fischer, 40
Dipl.-Ing. für Maschinenbau |
selbstständig | WK 16 | Sömmerda I,
Gotha III | Direktkandidat

A: Mittelstandsförderung
B: Ein besseres Stadtbild meiner Heimatstadt Gebese



Steven Goericke, 18
Schüler des Gymnasiums
WK 43 | Altenburger Land I
Direktkandidat

A: Bessere Bildungs-, Kultur-, und Jugendpolitik
B: Ausweitung „Kompetenzzentrum Studium Plus Altenburger Land“



Fred Leise, 44
Karosseriebauer-Instandhaltung |
Betriebswirt | WK 7 |
Wartburgkreis III | Direktkandidat

A: Innen- und Kommunalpolitik sowie Infrastruktur
B: Demokratie, Vertiefung der Deutschen Einheit



Eckhard Linke, 54
Elektroniker
WK 29 | Saalfeld-Rudolstadt II
Direktkandidat

A: Sozialsystem reformieren
B: Liberales Bürgergeld



Rainer Rodekirchen, 62
Kaufmann | selbstständig
WK 4 | Nordhausen II
Direktkandidat

A: Selbstbestimmtes Leben, Bildung
B: Alle Gesetze müssen auf Aufhebung geprüft werden



Daniel M. Scheidel, 50
Bankkaufmann, Diplom-Volkswirt
WK 44 | Altenburger Land II
Direktkandidat

A: Wirtschaftsförderung, Ansiedlungspolitik
B: Einstieg des Freistaats beim Flugplatz Altenburg



Thomas Vollmar, 44
Dipl.-Ing. (FH) | Unternehmer
WK 18 | Hildburghausen
Direktkandidat

A: Vereinfachtes Steuersystem, Abbau von Bürokratie, Mehr Netto vom Brutto!
B: Mehr Arbeitsplätze im Kreis Hildburghausen



Wilhelm Wüstner, 54
Betriebswirt (VWA) |
Geschäftsführer
WK 40 | Greiz II | Direktkandidat

A: Arbeitsplätze erhalten durch Firmenstärkung
B: Wirtschaft, Ausbildung, Transparenz der Verwaltung, Kindergartenplätze von 6 bis 22 Uhr



Weil es Ihre Zukunft ist

Wahlprogramm „THÜRINGENgerecht“ für die Landtagswahl

Das Wahlprogramm „THÜRINGENgerecht“ wurde von den 150 Delegierten einstimmig auf dem 22. Ordentlichen Landesparteitag der FDP Thüringen auf der Wartburg in Eisenach beschlossen. Die Liberalen äußern sich darin mit landespolitischen Aussagen zu allen wichtigen Themenbereichen:

Bildung: Bildung bestimmt die Lebenschancen der Menschen im Freistaat Thüringen – und ist die wichtigste Investition in die Zukunft. Deshalb setzen sich die Liberalen für Erneuerungen in der Bildungspolitik ein. So plädieren sie nicht nur für mehr und qualifizierteres Personal in Kindertagesstätten, sondern auch für ein mitteldeutsches Zentralabitur. Das Vorhaben „1000 Muttersprachler als Fremdsprachenlehrer nach Thüringen“ soll den Fremdsprachenunterricht an den Schulen intensivieren. Die verstärkte Förderung von privaten Bildungseinrichtungen haben sich die Liberalen ebenfalls zur Aufgabe gemacht. Mit der FDP Thüringen werden ebenfalls die Verwaltungsgebühren für Hochschulen abgeschafft.

Wirtschaft: Die Liberalen treten für die Vereinfachung von Firmengründungen ein. Ziel ist es, den Gründungszeitraum auf maximal eine Woche zu reduzieren. Auch die Abwanderung ist einzudämmen. Fachkräfte müssen nach Thüringen zurück gewonnen werden.

Verkehrspolitisch steht die schnelle Fertigstellung der Eisenbahnverbindung Berlin – Erfurt – München im Fokus der liberalen Bemühungen.

Steuern, Finanzen, Haushalt: Unser Steuersystem ist kompliziert, leistungsfeindlich und daher ungerecht. Die FDP tritt für eine Steuervereinfachung ein. Ein Stufentarif bildet die Grundlage dieser Verbesserung. Die Liberalen stehen für die Entlastung des Mittelstands und die Sanierung des Landeshaushalts. Es gilt aber auch, die Landesmittel für Forschung und Entwicklung aufzustocken. Die Verteilung der Mittel ist

genau zu prüfen. Die Erfolgskontrolle darf nicht nur auf dem Papier, sondern muss auch in der Praxis stattfinden.

Kultur und Medien: Die FDP bekennt sich zur besonderen Rolle der Kultur in Thüringen. Von der „Kulturwirtschaft“ partizipieren nicht nur die Künstler, sondern eine ganze Reihe an mittelständischen Unternehmen. Die Liberalen setzen Ihre Schwerpunkte in der öffentlichen Kulturförderung. Auch Denkmalschutz und Medienlandschaft finden Beachtung. Die Liberalen sind für die Einführung einer Medienpauschale, anstatt der bestehenden GEZ-Gebühr.

Gesundheit, Familie und Sozialpolitik: Die thüringergerechte Gesundheitspolitik beinhaltet die Umgestaltung des Gesundheitssystems. Mehr Transparenz für Patienten, Bürokratieabbau und freie Wahl des Versicherungsschutzes – das sind die Forderungen der FDP Thüringen. Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit soll die Infrastruktur der Kinderbetreuung deutlich optimiert werden. Kostenlose bzw. finanziell den Möglichkeiten angepasste Betreuungseinrichtungen für Kinder stellen dabei die Hauptmerkmale dar.

Umwelt, Naturschutz: Liberale Umweltpolitik ist rational, nicht emotional. Investitionen in Klima- und Immissionsschutz sind besonders sinnvoll, wo Bürger und Unternehmen nicht nur einseitig belastet werden, sondern der Schutz auch einen Mehrwert bringt. Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch soll bis 2010 auf 18 Prozent steigen.

Staat: Sicherheit in Freiheit ist die liberale Grundüberzeugung für eine konsequente Innen- und Rechtspolitik. Eine Sicherheitspolitik zu Lasten der Freiheit stärkt das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Bürger dürfen nicht unter Pauschalverdacht gestellt werden.

Verwaltung: Der Freistaat Thüringen braucht weniger Bürokratie und mehr

Freiheit. Die FDP Thüringen wird die Aufgaben kritisch prüfen und nicht benötigte Gesetze, Verordnungen und Erlasse außer Kraft setzen.

Justiz: Die Gewährung effektiven Rechtsschutzes durch eine unabhängige Justiz garantiert den Rechtsstaat und ist eine entscheidende Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in einer Gesellschaft. Sie sichert den verlässlichen Rahmen für Investitionen und andere wirtschaftliche Betätigungen. Die FDP ist die Partei des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.

Ingo Stöckel



Das komplette Wahlprogramm finden Sie auf der Webseite www.fdp-thueringen.de.

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber • FDP Thüringen | Pressestelle
Tschalkowksstraße 35
DE-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung • Patrick Kurth | pak

Redaktion • Evelyn Zschächner | eve
Paul Gellner | pag
Klaus-Dieter Landgraf | kdl
Christin Held | che
Matthias Purdel | pur

Layout & Satz • RAUM II
Körnerstraße 56
DE-04107 Leipzig
Telefon +49 341 30326760
Fax +49 341 30326768
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung • 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Die Mitte stärken

Bundestagswahl muss Politikwechsel bringen

Die Bundestagswahl am 27. September schließt den Wahlmarathon in Thüringen ab. Die Liberalen wollen den Politikwechsel und deshalb Regierungsbeteiligung. Aber nicht um jeden Preis. Klar angestrebt werden bürgerliche Mehrheiten. Nur damit können Inhalte umgesetzt werden, die sich deutlich auf die Mittelschicht der Gesellschaft konzentrieren.

Die Mitte stärken: Der Einzelne lebt nicht losgelöst von seinen Mitbürgern, sondern gemeinsam mit ihnen in einer Wertegemeinschaft, die von Solidarität, Freiheit und Eigenverantwortung gleichermaßen geprägt ist.

Die Soziale Marktwirtschaft wird von den Liberalen verteidigt. Es ist falsch, ihre Leistungsfähigkeit in Frage zu stellen und immer neue und weitergehende staatliche Regulierungen zu fordern. Deutschland braucht nicht weniger, sondern mehr Soziale Marktwirtschaft.

Neues Steuer- und Transfersystem: Wir streben die Reformierung des Gesamtsteuer- und Transfersystems an – durch Einführung des leistungsgerechten Bürgergeldes und des Drei-Stufen-Steuertarifes von 10, 25 und 35 Prozent. Jeder Bürger erhält – ob Erwachsener oder Kind – einen Grundfreibetrag von 8.000 Euro. Darüber hinaus gilt für Einkommen bis 20.000 Euro ein Steuersatz von 10 Prozent, für Einkommensteile zwischen 20.000 Euro und 50.000 Euro ein Steuersatz von 25 Prozent, für Einkommensteile ab 50.000 Euro ein Steuersatz von 35 Prozent.

Familienpolitik: Familien entlasten wir durch die Anhebung des Freibetrages und die Erhöhung des Kindergeldes auf 200 Euro pro Kind und Monat (für Familien, die den Kinderfreibetrag wegen zu geringen Einkommens nicht nutzen können). Kinderbetreuungskosten und Pflegekosten sollen bis zu 12.000 Euro im Jahr von der Steuer absetzbar sein. Die Steuerklasse V, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonders für Frauen nach einer Famili-

enpause steuerlich häufig unattraktiv erscheinen lässt, wird abgeschafft. Eingeführt werden für die Kinderbetreuung Bildungs- und Betreuungsgutscheine, um damit die Kindesförderung zu stärken, statt Einrichtungen zu unterstützen (Objektförderung). Die Einführung eines Betreuungsgeldes lehnt die FDP ab.

Wirtschaft: Für Unternehmen gleich welcher Rechtsform gilt ein Zwei-Stufen-Tarif von 10 und 25 Prozent. Die Fehler der Unternehmensteuerreform 2008 werden beseitigt. Die Zinsschranke, die Einschränkung der Verlustnutzung bei Übernahmen und Sanierungen, die Bestrafung von Investitionen im Ausland (Funktionsverlagerung) und die Hinzurechnungsvorschriften von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasing- und Lizenzgebühren zur Bemessungsgrundlage in der Gewerbesteuer wirken krisenverschärfend und werden wieder abgeschafft. Für Kapitalgesellschaften mit einem Gewinn von über 20.000 Euro wird die Körperschaftsteuer von 15 auf 25 Prozent angehoben. Im Gegenzug wird die Gewerbesteuer abgeschafft und durch Kommunalsteuern ersetzt. Die Tarifautonomie muss vor staatlichen Lohn-diktaten geschützt werden. Wir wollen ein Mindesteinkommen. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen mehr Selbstbestimmung durch Mitarbeiter und Unternehmer vor Ort.

Haushaltskonsolidierung: Generationengerechtigkeit bedeutet, dass jede Generation ihre Aufgaben aus eigener Kraft bewältigt. Es ist unverantwortlich, unseren Kindern immer höhere Schuldenberge zu hinterlassen. Die FDP fordert ein prinzipielles Neuverschuldungsverbot für Bund, Länder und Gemeinden.

Finanzmarkt: Die Finanzkrise wird zur Wirtschaftskrise – statt Aktionismus braucht unser Land einen ordnungspolitischen Kompass. Wir wollen nicht mehr, sondern bessere Regelungen für den Finanzmarkt. Regulierungsversagen ist Staatsversagen, nicht Marktversagen. Die



Die Thüringer FDP will in den nächsten Bundestag mindestens zwei Abgeordnete entsenden.

staatliche Bankenaufsicht muss auf nationaler und internationaler Ebene effektiver werden.

Modellregionen: Um wirtschaftlich schwache Regionen zu fördern, tritt die FDP für die Schaffung von Modellregionen ein.

Bildungspolitik: Wir setzen auf frühkindliche Bildung, auf bundeseinheitliche Bildungsstandards sowie auf mehr Autonomie für Schulen und Hochschulen.

Alterssicherung: Alle Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug aufheben, das Rentenrecht in Ost und West vereinheitlichen und die private und betriebliche kapitalgedeckte Vorsorge stärken.

Innenpolitik: Die FDP verteidigt die Freiheitsrechte der Bürger gegen staatliche Bevormundung und gesellschaftliche Einschränkungen. Es darf aber kein Zweifel an der Durchsetzung des Rechts bestehen. Konkret wird die FDP die Meldedaten der Bürger besser schützen, das Bankgeheimnis wiederherstellen, auf heimliche Online-Durchsuchung privater Computer verzichten und den Einsatz der Bundeswehr im Inland verhindern. Die FDP lehnt anlasslose Gefahrenabwehr (wie Kennzeichenerfassung) ab und bekämpft politischen Extremismus jeder Art.

Außenpolitik: Wir wollen eine konsequente Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Bundestagswahl 2009: Politik braucht Vertrauen. Wir sind davon überzeugt: Liberale Politik verdient Vertrauen. Dafür werben wir mit unserem Programm zur Bundestagswahl am 27. September 2009. pak

Für Deutschland in Europa

Interview mit Holger Krahmer MdEP zur Europawahl

ThL: Die FDP wirbt zur Europawahl mit dem Slogan „Für Deutschland in Europa“. Was ist gemeint?

Krahmer: Wir haben die EU mit Aufgaben überfrachtet, die dort gar nicht hin gehören. Brüssel sollte sich auf vier Kernbereiche konzentrieren: Gemeinsame innere Sicherheit, gemeinsame Außenpolitik, faire Regeln für den Binnenmarkt samt dem dazugehörigen Umweltschutz und die gemeinsame Währung. Alles andere sollte den Mitgliedsstaaten überlassen bleiben. Von 21.000 deutschen Gesetzen zwischen 1998 und 2005 ruhen 17.500 auf EU-Vorgaben. In vielen Bereichen überschreitet die EU ihre Befugnisse und greift in nationale Rechte ein, da sind längst alle Dämme gebrochen. Die FDP will eine schlanke EU, die sich auf ihre Kernaufgaben besinnt und uns nicht jede noch so gut gemeinte aber überflüssige Legislative unter dem Deckmantel des Gemeinsamen Binnenmarktes aufzwingt. Wir wollen wieder klare Abgrenzungen, welche Kompetenzen nach Brüssel gehören und welche nicht. Wir setzen uns für ein starkes Deutschland in Europa ein.

ThL: Was sind für Sie die wichtigsten Aufgaben des Parlaments?

Krahmer: Das EU-Parlament ist das am meisten unterschätzte Parlament der Welt. Fast alle europäischen Gesetze unterliegen der parlamentarischen Mitentscheidung durch das Europäische Parlament.

Die Frage, ob Brüssel mehr zentralistische und bisweilen bevormundende Regeln erlässt oder dem Subsidiaritätsprinzip mehr Raum gibt, indem Entscheidungen eher vor Ort getroffen werden, hängt stark von den Mehrheitsverhältnissen im EU-Parlament ab. Rauchverbote, Glühbirnenverbote, Werbeverbote, Produktverbote – all das wird derzeit in Brüssel diskutiert und ist mit der FDP nicht zu machen.

ThL: Wie stehen Sie zum Vertrag von Lissabon?

Krahmer: Die größer gewordene EU braucht dringend eine neue Hausordnung. Die alte taugt nicht mehr. Der Lissabon-Vertrag ist nicht perfekt, aber er stärkt die demokratischen Mitentscheidungsrechte des EU-Parlaments. Wenn er nicht kommt, gewinnt die EU-Kommission, ein weitgehend unkontrollierter Beamtenapparat mit politischer Agenda, weiter an Einfluss.

ThL: Wie stehen sie zur Aufnahme weiterer Staaten in die EU? Sehen sie in absehbarer Zeit neue Kandidaten?

Krahmer: Die EU ist derzeit nicht fähig, neue Mitgliedsstaaten aufzunehmen. Zuerst müssen wir unsere Hausaufgaben machen: Wir brauchen zuerst den Lissabon-Vertrag für die gewachsene EU27, eine Entrümpelung der Bürokratie und einen stabilen Binnenmarkt für sichere Arbeitsplätze und eine stabile Wirtschaft.

ThL: Wie stehen sie zur Aufnahme der Türkei in die Europäische Union?



Krahmer: Die Türkei wird ein immer engerer Partner für Europa werden. Ob dies in absehbarer Zeit aber in einer EU-Mitgliedschaft mündet, ist heute nicht zu sagen. Grundsätzlich muss Europa bei allen Interessenten für eine Mitgliedschaft zukünftig streng auf die Einhaltung der Aufnahme-kriterien bestehen.

ThL: Was können Sie tun, damit Europa bei seinen Bürgern besser ankommt?

Krahmer: Ich will weiteren Unsinn à la Leitersprossen-Abstandsnorm oder Sonnenmilchparagrafen für Biergartenkellner verhindern. Denn Vorschriften wie diese sorgen zu Recht für Frust und Unverständnis. Wenn Europa weniger macht, dafür das, was es macht mit Weitsicht und Konsequenz, dann wird die EU für ihre Bürger greifbarer und auch sympathischer sein. Weniger Volkserziehung, mehr Freiräume. Dann klappt's auch mit der Zustimmung.

www.holger-krahmer.de

WIR HABEN EUROPA BESSER GEMACHT

SEIT 2004 IST DIE FDP WIEDER IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VERTRETEN. DIE SIEBEN LIBERALEN EUROPAPARLAMENTARIER HABEN BILANZ GEZOGEN ÜBER IHRE TÄTIGKEIT IN DEN VERGANGENEN VIER JAHREN. IN IHREM RECHENSCHAFTSBERICHT STELLEN SIE DIE ARBEIT IN IHREN AUSSCHÜSSEN VOR, REKAPITULIEREN WICHTIGE GRUNDSATZENTSCHEIDUNGEN, GEBEN AUSKUNFT ÜBER WAHLKREIS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT SOWIE EINEN AUSBLICK AUF DAS, WAS SIE BIS UND NACH DER WAHL ERWARTET. DIESEN RECHENSCHAFTSBERICHT UND VIELE WEITERE ARTIKEL UND INFORMATIONEN FINDEN SIE UNTER WWW.FDP-IN-EUROPA.DE.